

II-4502 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2202 J

1982 -11- 12

A N F R A G E

der Abgeordneten PROBST, DR. OFNER
an den Herrn Bundesminister für Inneres
betreffend Hubschrauber-Primärrettungsdienst

Die Notwendigkeit der Einrichtung eines österreichischen Hubschrauber-Primärrettungsdienstes nach dem eindrucksvoll bewährten Muster der Bundesrepublik Deutschland wird, wie aus verschiedenen Aussagen der in diesem Zusammenhang ressortmäßig berührten Bundesminister hervorgeht, von der Bundesregierung keineswegs in Abrede gestellt. Ja es liegen, ganz im Gegenteil, sogar sehr positive Stellungnahmen jüngsten Datums vor, die vom Bundesminister für soziale Verwaltung bzw. vom Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz abgegeben wurden. Auch von Seiten des Bundesministeriums für Inneres darf eine aufgeschlossene Haltung erwartet werden, zumal dieses in einer an das Sozialressort gerichteten Note schon am 20.5.1970 folgendes ausgeführt hat:

"Das ho. Amt vertritt ... die Ansicht, daß diese Primärtransporte als Hilfeleistungen der Organe der öffentlichen Sicherheit bei Erfüllung der ihnen obliegenden Verpflichtung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit sowie bei Erfüllung ihrer Verpflichtung zum Einschreiten bei Unglücksfällen und Gemein gefahr als ein Teil der allgemeinen Sicherheitspolizei in die Kompetenz des Bundes (Art.10 Abs.1 Z.7 B-VG) fällt und deshalb auch ohne Kostenersatz durchzuführen sind."

- 2 -

Umso bedauerlicher ist es, daß die Schaffung eines bundesweit durchorganisierten Netzes für Hubschrauber-Primärrettungssätze nach wie vor weit von seiner Realisierung entfernt scheint. Es ist klar, daß diesen Mangel, der in den allermeisten europäischen Staaten (unter Einschluß Osteuropas) längst behoben wurde, bei uns viele Menschen mit ihrem Leben oder mit ihrer Gesundheit bezahlen müssen. Neben den humanitären und ethischen Aspekten sind hier natürlich auch die ungeheuren volkswirtschaftlichen Kostenbelastungen in Betracht zu ziehen.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Einrichtung des in Rede stehenden Primärrettungsdienstes liegt zweifellos in der Anschaffung einer ausreichenden Anzahl zusätzlicher Hubschrauber. In diesbezügliche Kostenberechnungen wäre jedenfalls auch die Möglichkeit entsprechender Gegengeschäfte - und damit ein für die österreichische Wirtschaft außerordentlich wünschenswerter Nebeneffekt - miteinzubeziehen.

Unter Bezugnahme auf einen vom Nationalrat am 10.12.1981 einstimmig beschlossenen Entschließungsantrag, mit dem sich alle drei Fraktionen zu der Notwendigkeit eines Hubschrauber-Primärrettungsdienstes bekannt haben, richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Inneres die

A n f r a g e :

1. Wie lautet Ihre Stellungnahme zu dem gegenständlichen Anliegen?
2. Welche Maßnahmen sind Ihrerseits in diesem Zusammenhang beabsichtigt?